

# BRACKWASSER

8. April 2021

## I

Die Präsenz vielfältiger Organismen auf der Erde, die sich über Jahrmillionen durch Evolution entwickelt hat, und die heute in allen Regionen des Planeten durch verschiedenste Tier- und Pflanzenarten sowie alle möglichen weiteren Lebewesen sichtbar wird, hat eine entscheidende Vorbedingung – das Vorhandensein von flüssigem Wasser in ausreichender Menge.

Dass diese Vorbedingung erfüllt ist, erkennt man bereits nach äußerer Betrachtung aus dem Weltraum. Etwas über 70 Prozent der Oberfläche unseres blauen Planeten sind mit Wasser bedeckt, das Volumen des gesamten Wassers an der Erdoberfläche wird auf knapp 1,4 Milliarden Kubikkilometer geschätzt. Hierbei ist allerdings eine grundsätzliche Unterscheidung vorzunehmen, die sich entlang der chemischen Zusammensetzung des Wassers orientiert und die erhebliche Auswirkungen auf die biologische Verwendung hat. In den Weltmeeren ist der mit Abstand größte Teil des irdischen Wassers vorhanden, und tatsächlich bilden die Meere und Ozeane ein weitläufiges Habitat, an das sich viele unterschiedliche Spezies angepasst haben. Für viele Tiere – darunter auch den Menschen – ist das Meerwasser nicht zum Verzehr geeignet. Grund dafür ist der Salzgehalt von durchschnittlich 3,5 Prozent. Für Menschen ist die fortlaufende Aufnahme von Meerwasser über kurz oder lang tödlich, was in vielen tragischen Zeugnissen von Unglücken auf hoher See belegt ist. Der Gegenteil von Meerwasser ist Süßwasser; dies ist Wasser, das einen Salzgehalt von unter 0,1 Prozent aufweist und grundsätzlich von Menschen verzehrt werden kann, sofern es nicht anderweitig verunreinigt ist. Menschliche Zivilisation ist ohne Süßwasser nicht denkbar. Es bewahrt Menschen und Tiere vor Durst, und es ist unabdingbar für alle zum Verzehr angebauten Pflanzen.

Doch wie in vielen Bereichen des Lebens gibt es nicht nur zwei Kategorien, es gibt eine Grauzone, einen Bereich des Übergangs. Wasser, das nicht als Salzwasser gilt, aber trotzdem nicht zum menschlichen Verzehr geeignet ist, wird als Brackwasser bezeichnet. Brackwasser entsteht in der Regel nicht von selbst, es tritt auf, wenn Meerwasser auf Salzwasser trifft. Dies geschieht beispielsweise im Mündungsgebiet von Flüssen wie Elbe oder Themse, genau so wie in großen Mangrovengebieten, wie man sie u. a. im Golf von Bengalen findet. Der Austausch verschiedener Wasser kann sich jedoch über Jahrtausende einstellen. 10 000 Jahre vor unserer Zeitrechnung waren weite Teile von Nordeuropa während der jüngsten Kaltzeit durch Gletscher bedeckt. 4 000 Jahre später wurde die Landverbindung zwischen Schweden und Dänemark überflutet, da durch die fortwährende Gletscherschmelze der Meeresspiegel stark anstieg. Dadurch bildete sich ein Meer, das einen kleinen Anschluss an die Nordsee und somit den Atlantik hat, aber gleichzeitig fortlaufend durch verschiedene Flüsse mit Süßwasser gespeist wird. Dieses Gewässer ist die Ostsee.

## II

Große Gewässer haben eine geopolitische Doppelwirkung. Sie sind zunächst einmal eine hervorragende natürliche Barriere. Rein militärisch betrachtet ist die Verlegung von Truppen und die tatsächliche Führung von Gefechten auf dem Wasser ungleich aufwändiger als an Land oder in der Luft. Andererseits zwingen Meere stets auch zum Austausch. Dieser Austausch leitet die Aufmerksamkeit auch auf unangenehme Dinge. Sei es im Südchinesischen Meer, wo eine Vielzahl an Staaten<sup>1</sup> um Territorien, Einflussphären und Rohstoffe streitet oder im Mittelmeer, wo Migrationströme eine Situation hervorbringen, in der Hoffnung und Tod unmittelbar beieinander liegen. Doch auch Zusammenarbeit kann sich aus einer geteilten Lage ergeben. So ist der Golf-Kooperationsrat derzeit ein nicht zu unterschätzendes Gremium, das verschiedene Staaten am Persischen Golf vereinigt, um sich gemeinsam gegenüber anderen Akteuren in dieser Region – allen voran den Iran – zu positionieren.

Die Geschichte der Ostsee ist ebenfalls geprägt von Kooperation und Konfrontation. An ihren Küsten besteht ein Mosaik überlappender Kulturräume, seit jeher geprägt durch wirtschaftliche Aktivität – nicht erst seit Zeiten der Hanse. In geopolitischer Hinsicht traten mehrere regionale Hegemone in Erscheinung, die auch keine Konfrontation scheuten. Schweden war lange Zeit ein relevanter Faktor in der Region und ist bis heute besonders für sein Engagement während des Dreißigjährigen Krieges bekannt; Preußen entwickelte sich aufbauend auf den staatlichen Strukturen des Deutschen Ordens zur dominanten Macht am südlichen Ufer; Russland hatte in der Ostsee den zweiten maritimen Anschluss an Europa (neben dem Schwarzen Meer). Diese Konstellation wurde lange Zeit noch durch die Adelsrepublik Polen-Litauen ergänzt, was sich allerdings mit den polnischen Teilungen des späten 18. Jahrhunderts erübrigte.

In gewisser Weise ist die Ostsee ein eher nach innen gekehrter Raum, weil einige Entwicklungen der europäischen Geschichte dort weitgehend abwesend sind. So war der Ostseeraum natürlich von territorialen Ambitionen geprägt, war allerdings für koloniale Entwicklungen weitgehend irrelevant.<sup>2</sup> Und auch schwere, konfessionell motivierte Auseinandersetzungen fanden – abgesehen von einem jahrhundertealten latenten Antisemitismus – nicht wirklich statt. Die Ostsee ist also in gewisser Weise ein originär europäischer Ort; für Mächte anderer Kontinente kaum erreichbar und nicht von Bedeutung.

Ab dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde der Ostseeraum zu einem Brennpunkt verschiedener Entwicklungen. Im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker erhielten neue Staaten Zugang zur Ostsee; dies waren Estland, Lettland, Litauen und Polen, deren Bildung mit territorialen Verlusten auf Seiten von Deutschland und der jungen Sowjetunion einherging. Beide Seiten besannen sich im Jahr 1939 auf ihre verhinderten imperialen Ansprüche und steckten im Ribbentrop-Molotow-

---

<sup>1</sup> Allein die Gruppe der Spratly-Inseln wird derzeit ganz oder teilweise von Brunei, China, Malaysia, den Philippinen, Taiwan und Vietnam beansprucht.

<sup>2</sup> Ausgenommen hier natürlich die Umsetzung der Lebensraum-Ideologie durch das nationalsozialistische Deutschland während des Zweiten Weltkriegs.

Pakt ihre jeweiligen Einflussphären ab. Mit dem Überfall des nationalsozialistischen Deutschlands auf die Sowjetunion wurde das Abkommen zum Muster ohne Wert, die nächsten Grenzziehungen wurden nicht am diplomatischen Schreibtisch, sondern auf den Schlachtfeldern der Ostfront vorgenommen. So wurde die Ostsee letztlich einer von vielen Schauplätzen des Weltanschauungskrieges, mit furchtbaren Zahlen an Toten, Verwundeten und Vertriebenen.

Mit dem Kriegsausgang 1945 war die hegemoniale Frage gelöst. Die Ostsee war ein sowjetisch dominiertes Meer. Die baltischen Republiken wurden dem sowjetischen Staatsverband einverleibt und die neue Volksrepublik Polen sowie die Deutsche Demokratische Republik waren unabhängige, aber keineswegs souveräne Staaten. Nennenswerte Gegenwehr war für die Sowjetunion nicht zu erwarten: Schweden und Finnland verfolgten eine klar neutrale Politik und mit der Küste von Dänemark und Schleswig-Holstein hatte die NATO ein denkbar schmales Sprungbrett für mögliche Marineoperationen.

Der Zerfall des Ostblocks führte zu einer fast vollständigen Umkehr der Einflussverhältnisse. Die ehemaligen Satellitenstaaten wandten sich umgehend dem Westen Europas zu und erhielten nach schwierigen Jahren des tiefgreifenden sozioökonomischen Wandels die Gelegenheit, der Europäischen Union beizutreten. Oberflächlich betrachtet steht Russland also einer Gruppe von Staaten gegenüber, die politisch wie wirtschaftlich eng verknüpft sind, was es der politischen Führung in Moskau schwer machen sollte, seine Interessen ohne weiteres durchzusetzen.

Stimmt doch, oder?

### III

Es ist ein Stück weit sicherlich ermüdend, in der politischen Publizistik – sei es mit einem akademischen Anspruch oder im Sinne einer kritischen Berichterstattung – die Kategorisierung der Europäischen Union als ein Gebilde *sui generis* immer wieder aufs neue zu lesen. Doch diese beiden Worte bleiben nach wie vor die Beschreibung, die am ehesten passt. Die Europäische Union ist bei allen Makeln und Verfehlungen in Summe weiterhin ein enormes zivilisatorisches Projekt, doch sie hat weiterhin etwas Vorläufiges, etwas Unfertiges.

Auch sollte man sich immer wieder vergegenwärtigen, aus welchen Anfängen sich die Europäische Union speist. Seit den Anfängen in den 1950er Jahren ging es bei der europäischen Integration vornehmlich darum, wirtschaftliche Zusammenarbeit herzustellen. Dies ist sicherlich kein „weiches“ Politikfeld, vor allem weil es ursprünglich um die gegenseitige Aufsicht über wehrrelevante Branchen wie die Kohle- und Stahlindustrie ging. Dennoch konnte sich die Europäische Union bzw. ihre Vorläufer während der Zeiten des Kalten Krieges hinter der NATO einordnen.<sup>3</sup> Die klar antikommunistische Haltung aller amerikanischen Regierungen und die Stationierung amerikanischer Truppen in verschiedenen europäischen Ländern sprachen hier eine deutliche Sprache.

---

<sup>3</sup>Vor allem weil mit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahr 1954 alle Vorstellungen einer gemeinsamen Verteidigung inklusive gemeinsamer Streitkräfte aus der politischen Realität entfernt wurden.

Das, was die Europäische Union in Zeiten der Blockkonfrontation an außenpolitischen Projekten verfolgte, war demnach auch weniger auf klassische Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik ausgelegt, sondern verfolgte eher Ziele, die sich aus einer Innenansicht ergaben; sei es die schrittweise Eingliederung immer mehr westeuropäischer Staaten in den Verbund oder die Aufnahme der Zusammenarbeit mit weniger entwickelten Regionen der Erde, allerdings ebenfalls primär wirtschaftlich motiviert. Die wohl wirkmächtigste außenpolitische Initiative dieser Zeit, die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, entsprang ursprünglich Überlegungen auf Seiten des Warschauer Paktes und wurde in erster Linie zwischen den beteiligten Staaten verhandelt. Die (damals so genannte) Europäische Gemeinschaft als Institution blieb in dieser Konstellation also ein Stück weit außen vor.

Mit den Umwälzungen ab 1989 änderten sich viele Vorzeichen. Rasch nach Fall des Eisernen Vorhangs machte sich die Europäische Union daran, mit den neu souverän und/oder unabhängig gewordenen Staaten Abkommen zur Partnerschaft und Kooperation zu schließen, darunter auch Russland. Diese waren von dem Zeitgeist getragen, dass sich das westliche Modell in der Systemkonkurrenz klar durchgesetzt habe und dass eine liberale, multilaterale Ordnung die Zukunft der internationalen Beziehung prägen sollte. Ziel war dabei (zumindest den Worten nach) nicht die Ausweitung von Machtsphären, sondern die Identifikation komplementärer Interessen.

Um die Jahrtausendwende begann allerdings auch die Europäische Union, Gefallen an einer eher herkömmlichen Außenpolitik zu finden. Organisatorisch zeigte sich dies in der Schaffung einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP); maßgeblich voran getrieben durch ein Triumvirat, bestehend aus dem damaligen britischen<sup>4</sup> Premierminister Tony Blair, dem damaligen deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem damaligen französischen Präsidenten Jacques Chirac. Und auch auf territorialer Ebene erhielt die Europäische Union im Jahr 2004 Zuwachs. Zehn Staaten traten der Europäischen Union neu bei, darunter die ehemaligen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen. Einige Jahre später folgte der Beitritt zunächst von Bulgarien und Rumänien, anschließend von Kroatien. Eine weitere Institutionalisierung erfolgte parallel durch die Etablierung der östlichen Partnerschaft, in der auf sechs weitere postsowjetische Staaten<sup>5</sup> zugegangen wurde, um Möglichkeiten politischer und wirtschaftlicher Assoziation zu schaffen.

Mit dieser Entwicklung nahmen die Spannungen im Verhältnis zwischen der Europäischen Union und Russland zu. Gab es Anfang der 2000er Jahre ein durchaus aufgeschlossenes Verhältnis<sup>6</sup>, gestalteten sich die Beziehungen seitdem immer komplizierter. Persönliche Befindlichkeiten sind hier nicht zu unterschätzen – insbesondere das enge Verhältnis zwischen Gerhard Schröder und dem russischen Dauerpräsidenten Wladimir Putin – allerdings sind es auch strukturelle Gründe, überlappende Themen, die zur aktuellen Situation geführt haben.

---

<sup>4</sup>Die waren tatsächlich mal in der EU, wer erinnert sich?

<sup>5</sup>Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und die Ukraine.

<sup>6</sup>Beispiel hierfür war die gemeinsam entschieden vorgetragene Ablehnung des Irak-Kriegs im Jahr 2003 durch Deutschland, Frankreich und Russland.

Auf beiden Seiten des Verhältnisses zeigen sich derzeit Unbeholfenheit, Starrsinn und die zähneknirschende Einsicht, ja doch irgendwie aufeinander angewiesen zu sein. Potenziert wird dies durch Entwicklungen, die sich gegenseitig überlappen. Auf einige soll hier eingegangen werden.

## IV

Lubmin ist eine Kleinstadt mit etwas über 2 000 Einwohnerinnen und Einwohnern und ist ein östlich von Greifswald gelegenes Seebad. In den Jahren 1998, 2000, 2004 und 2007 wurden dort Wettbewerbe im Quadrathlon ausgetragen; einer Variante des Triathlons, die auch das Kanufahren beinhaltet. Lubmin ist daneben Endpunkt der Nord-Stream-Pipeline.

Energie ist einer der zentralen Punkte im Verhältnis zwischen Russland und der Europäischen Union. Die Europäische Union ist in Gänze betrachtet<sup>7</sup> ein Raum höchster wirtschaftlicher Leistungskraft mit einem nach wie vor erheblichen industriellen Output. Daraus ergibt sich zwangsläufig ein überdurchschnittlich hoher Bedarf an Energie. Nun ist der Europäische Kontinent nicht mehr in der Lage, diesen erheblichen Bedarf aus eigenen Quellen zu decken. Die industrielle Revolution ab dem 19. Jahrhundert wurde durch die breite Verfügbarkeit von Kohle angeschoben, vor allem in Deutschland, Frankreich und Großbritannien sowie in geringerem Maße in Belgien und Luxemburg. Mit Beginn der Entwicklung des Automobils zur Wende des 20. Jahrhunderts wurde Erdöl ebenfalls bedeutsam, mit ergiebigen Vorkommen in der Nordsee und in Südosteuropa. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte schließlich eine Entwicklung hin zur zivilen Nutzung der Kernenergie ein, mit dem Versprechen der Erzeugung enormer Mengen an Elektrizität mit vergleichsweise überschaubarem Aufwand.

Alle diese drei Träger gelangen derzeit an gewisse Grenzen, aus ökologischen, wirtschaftlichen wie politischen Überlegungen. Klimaveränderungen, die sich aus menschlicher wirtschaftlicher Aktivität ergeben und ihre Ursache in der steigenden Emission von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen<sup>8</sup> haben, stellen die größte zivilisatorische Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte dar. Vor diesem Hintergrund erscheint es zunehmend verantwortungslos, Erdöl und Kohle eine prominente Rolle in der Energieversorgung zuzuweisen. Die abnehmenden Reserven beider Stoffe tun hier ihr Übriges, indem sie die Versorgung mit Kohle und Erdöl zunehmend zu einem Thema der Regelung von Importen machen – mit den entsprechenden geopolitischen Unwägbarkeiten. Bei der Kernenergie bestehen die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Emissionen nicht, doch andere Probleme sind hier ähnlich gravierend. Radioaktive Stoffe haben wie wenige andere Materialien das Potential, eine große Anzahl an Lebewesen in kurzer Zeit schwer gesundheitlich zu schädigen, wenn nicht gar zu töten. In Hiroshima und Nagasaki führte diese Tatsache zum kalkulierten Tod Zehntausender Menschen und der japanischen Kapitulation im Zweiten Weltkrieg. Weniger kalkuliert war dann die Verteilung radioaktiven Materials an Orten wie Fukushima, Three Mile Island oder Tschernobyl.

---

<sup>7</sup>Also unter Ausblenden teils eklatanter regionaler Unterschiede.

<sup>8</sup>Dabei vor allem Distickstoffmonoxid und Methan.

nobyl. Dies bedeutet in Summe, dass die Stromerzeugung mit Kernenergie erheblicher technischer Vorsicht bedarf und zur Erzeugung von Stoffen führt, die für mehrere Jahrtausende so hermetisch gelagert sein müssen, dass ein Kontakt mit der Umwelt in welcher Form auch immer vermieden wird. Diese notwendige Vorsicht führt dazu, dass massive Investitionen getätigt werden müssen, bevor man damit anfangen kann, mit spaltbarem Material Strom zu erzeugen und somit letztlich Geld zu verdienen. Somit ist die Kernenergie in den letzten Jahren zunehmend wirtschaftlich unattraktiv geworden, unabhängig von weitgehend unveränderten technischen Rahmenbedingungen.

Erneuerbare Energieträger haben einen konstant steigenden Anteil an der Stromerzeugung in der Europäischen Union, was nur konsequent ist angesichts der Zielsetzung, im Laufe der kommenden Jahrzehnte den Verbrauch fossiler Energieträger schrittweise komplett einzustellen.<sup>9</sup> Gerade die letzten Jahre haben hier auch erhebliche Erfolge gebracht, was Produktionskapazitäten oder Erzeugungskosten betrifft. Es bleiben jedoch noch vereinzelte Fragen offen, z. B. hinsichtlich der Bereitstellung großer Mengen an Grundlastelektrizität, wie sie bereits jetzt für die Industrie nötig sind, ganz zu schweigen von den künftigen Anforderungen eines zunehmend elektrifizierten Verkehrs.

Erdgas wird an dieser Stelle gerne als Brückentechnologie bezeichnet; ein Begriff, der natürlich zunächst als unterkomplexes Schlagwort für die politische Debatte zu verstehen ist, aber dennoch nicht fern der Realität ist. Erdgas ist zwar ebenfalls ein fossiler Energieträger, der jedoch im Verhältnis weniger Emissionen erzeugt wie Erdöl oder Kohle. Erdgas kann zudem nicht nur in großem Maße für die Stromerzeugung eingesetzt werden, sondern ist auch für die Heizung von Gebäuden geeignet und wird – wenn auch in einer Nischenrolle – zudem als Treibstoff für Kraftfahrzeuge eingesetzt. Auch hier sind die in der Europäischen Union vorhandenen Vorkommen allerdings unzureichend für den eigenen Bedarf. An dieser Stelle kommt Russland ins Spiel.

Die russische Volkswirtschaft ist in erheblichem Maße auf die Erlöse aus Rohstoffen angewiesen, auch in Ermangelung anderer lukrativer Branchen. Bei der Produktion von Gebrauchsgütern haben vor allem Staaten im Osten und Süden Asiens einen großen Vorsprung aufgebaut, diese Lieferketten wurden bis jetzt auch nicht nennenswert durch die Covid-19-Pandemie erschüttert. In der Tech-Branche gibt es zwar einige Unternehmen, die sich als Alternative zu großen Playern wie Facebook, Google etc. positionieren,<sup>10</sup> im Bezug auf Nutzungszahlen und Umsätze jedoch eher ein Nischendasein fristen. Die Energiebranche stellt diese und alle anderen Sektoren jedoch deutlich in den Schatten. Russland ist derzeit das Land mit den größten Erdgasexporten und den zweitgrößten Erdölexporten; die Erlöse aus nur diesen zwei Branchen<sup>11</sup> entsprechen geschätzt rund einem Drittel der staatlichen Einnahmen. Ein Grund für diese hohen Einnahmen ist sicherlich auch, dass Russland für diese Produkte viele Abnehmer in der Europäischen Union findet. Die räumliche Nähe erleichtert

---

<sup>9</sup>Hier sei daran erinnert, dass die konkrete Gestaltung dieses Weges sicherlich von unterschiedlichen politischen Ideologien geprägt ist und teilweise seltsame Blüten treibt. An der grundsätzlichen Ausrichtung, die Emission von Treibhausgasen so stark wie möglich zu verringern, führt bei nüchterner Betrachtung jedoch kein Weg vorbei.

<sup>10</sup>Der strenge Griff der russischen Regierung auf die dortige mediale Öffentlichkeit ist eine weitere Erklärung.

<sup>11</sup>Also ausgenommen anderer Rohstoffe wie Mineralien, Erzen oder Holz, von denen Russland ebenfalls beträchtliche Reserven hat.

natürlich die Lieferungen und aufgrund der ehemaligen sowjetischen Einflussosphäre bestehen bereits einige Pipelines von Russland in Richtung östlicher EU-Staaten wie Polen, der Slowakei, Ungarn und anderen. Für Russland ist es auch sicher von Interesse, dass mit dem Verkauf der Ressourcen in die Europäische Union höhere Erlöse erzielt werden würden, als wenn die Rohstoffe in andere Großregionen mit geringerem Einkommen, wie Zentralasien oder Westchina exportiert würden.

Eigentlich könnte man also ein symbiotisches Verhältnis unterstellen, in dem sich die Interessen beider Seiten gut ergänzen. Die Europäische Union benötigt Energie und sollte sich über einen Anbieter mit hohen Reserven freuen; Russland benötigt zuverlässige Einnahmen für seinen Staatshaushalt und sollte sich über Kunden freuen, die gut zahlen.

Wie so häufig werden solche vermeintlich einfachen Umstände deutlich komplizierter, sobald Politik eine Rolle spielt. Die Unternehmen, die im russischen Energiesektor tätig sind, sind nicht als herkömmliche privatwirtschaftliche Firmen zu verstehen, sie sind vielmehr ein verlängerter Arm der russischen Regierung. Das führende Gasunternehmen Gazprom ist zwar an der Börse notiert, befindet sich jedoch hauptsächlich in indirekt staatlichem Besitz. Seit 20 Jahren wird das Unternehmen nominell vom Vorstandsvorsitzenden Alexej Miller geführt, es ist jedoch offensichtlich, dass eine so lange Amtszeit nicht zustande kommt, ohne dass man sich mit der politischen Elite des Landes gut stellt. Wladimir Putin ist in seiner Rolle als russischer Präsident ein inoffizieller Aufsichtsratschef, der nicht davor zurückschrecken würde, eine Änderung an der Unternehmensspitze vorzunehmen, sobald dies in seinen Augen notwendig erscheint. Diese Verquickung ist auch nur eine von unzähligen Kacheln im Mosaik der wirtschaftlich-politischen Oligarchie in Russland, in der Loyalität zur politischen Führung die zwingende Voraussetzung für jegliche geschäftliche Ambitionen ist.<sup>12</sup>

Ein Projekt, in dem der hybride Charakter von Gazprom deutlich wurde, ist Nord Stream. Die Nord-Stream-Pipelines sind eine direkte Verbindung zum Transport von Erdgas von Wyborg an der Grenze zu Finnland durch die Ostsee nach Lubmin. Die Pipeline umgeht also bisher bestehende Pipelines, die an Land verlaufen und mehrere osteuropäische Staaten durchquerten, bevor sie in Deutschland ankamen. Aus dieser geökonomischen Situation ergeben sich verschiedene Kontroversen, die seit der Inbetriebnahme der Pipeline im Jahr 2011 viele andere Debatten über den wirtschaftlichen Nutzen oder die ökologische Sinnhaftigkeit des Projekts weitgehend überlagern. Erhebliche Kritik am Projekt wurde aus der Ukraine geäußert, einem Land, das schon mehrmals von Drosselungen russischer Gaslieferungen betroffen war. Doch auch andere osteuropäische Staaten sahen die Gefahr, stärker den Stimmungsschwankungen im Kreml ausgesetzt zu sein, wenn sie ihre Rolle als Zwischenstation auf dem Transport von Erdgas nach Deutschland verlieren würden.

Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder hat über diese Einwände und Bedenken weitgehend hinweggesehen das Projekt und aufgrund seines guten persönlichen Verhältnisses mit Wladimir Putin vorangetrieben – Lohn für Schröder war letztlich die gut dotierte Position als Vorsit-

---

<sup>12</sup>Wie erfolgsversprechend solche Ambitionen ohne die nötige politische Loyalität sind, zeigt der Fall von Michail Chodorkowskij.

zender des Aktionärsausschusses. Neben der bestehenden Nord-Stream-Pipeline wird derzeit auch die Nord-Stream-2-Pipeline gebaut, die ebenfalls Gegenstand von Kritik ist, nun aber auch über die osteuropäische Nachbarschaft hinaus. Alle zentralen Organe der Europäischen Union – Kommission, Parlament und Rat – stehen der Pipeline ablehnend gegenüber und machen nicht ohne Unrecht geltend, dass eine zusätzliche Pipeline zu Russland dem Ziel widerspricht, die Bezugsquellen für Energieträger zu diversifizieren. Die Vereinigten Staaten verfolgen in der Zwischenzeit eigene geschäftliche Ambitionen im Energieexport und sehen in der Europäischen Union einen eigenen Absatzmarkt für Erdgas, das in verflüssigter Form auf Tankern geliefert werden könnte, sobald in europäischen Häfen entsprechende Terminals bestehen. Mit ihrem speziellen Selbstbewusstsein scheuen die Vereinigten Staaten auch nicht davor zurück, unliebsame Konkurrenz in Form einer weiteren Pipeline aus Russland mit Sanktionen zu belegen.

Dessen unbeirrt macht die deutsche Seite bis jetzt weiter und hat sich nicht davon abbringen lassen, den Bau der Pipeline oder die Vereinbarung zur Versorgung mit russischem Erdgas grundsätzlich in Frage zu stellen. Vielmehr wurden in den vergangenen Monaten weitere Schritte unternommen, die wie eine unbeholfene Verrenkung aussahen. So wurde Anfang des Jahres die „Stiftung Umwelt- und Klimaschutz Mecklenburg-Vorpommern“ gegründet. Es ist löblich, wenn eine Landesregierung versucht, diese wichtigen Themen engagiert zu bearbeiten – lächerlich wird dieser Versuch jedoch, wenn vom Bundesland 200 000 Euro ins Stiftungskapital eingebracht werden, während die Nord Stream 2 AG das Hundertfache beiträgt. Faktischer Hauptzweck der Stiftung wird also sein, die Auswirkungen externer Sanktionen auf das Projekt so weit wie möglich abzufedern, wobei die nötige politische Flankierung skurrile Blüten treibt. Analog zum Altkanzler Schröder, der in der Betreibergesellschaft versorgt wird, darf Altministerpräsident Erwin Sellering als Stiftungsvorsitzender seinen Ruhestand versüßen. Und die Bundesregierung übt sich in diesem konkreten Fall ebenfalls in Verlegenheit. So äußert sich Bundesaußenminister Heiko Maas – sonst ein eher vollmundiger Multilateralist – in dem Sinne, dass die Stiftung eine interne Angelegenheit von Mecklenburg-Vorpommern sei.

Bewundernswert, wenn ein Bundesminister den Föderalismus respektiert und weiß, wann er sich zurückzuhalten hat.

## V

Schaut man sich derzeit übrigens Übertragungen von Heimspielen des FC Schalke 04 an, liest man dort mehrmals im Laufe eines Spiels Werbung für die Nord-Stream-2-Pipeline mit dem Slogan „Sichere Energie für Europa.“

Es stellt sich die Frage, was derzeit schädlicher für das Image der Pipeline ist – die Verstrickungen mit einer korrupten Elite an Kleptokratinnen und Kleptokraten aus Russland und anderswo oder das Sponsoring einer der schlechtesten und kaputtesten Mannschaften, die je in der Fußball-Bundesliga gespielt haben?



## VI

Die Vereinten Nationen haben 193 Mitgliedstaaten, die allesamt ihre Vertreterinnen und Vertreter in die Organe und Institutionen der UNO schicken. Weil es zu den Grundsätzen der internationalen Politik gehört, dass Staaten durch bestimmte Politikerinnen und Politiker vertreten werden, hat jeder der 193 Mitgliedstaaten auch eine Außenministerin bzw. einen Außenminister. In der Rangliste der dienstältesten Außenministerinnen und Außenminister steht an erster Stelle der samoanische Premierminister Tuilaepa Aiono Sailele Malielegaoi, der das Außenamt in Personalunion wahrnimmt. An zweiter Stelle folgt sein turkmenischer Kollege Raşit Meredow. Und an dritter Stelle steht Sergej Wiktorowitsch Lawrow.

Lawrow kann vor diesem Hintergrund mit Fug und Recht als einer der Titanen der internationalen Politik bezeichnet werden. Zunächst ist anzuerkennen, dass seine Position im Inland unbestritten ist. Nach einer zehnjährigen Tätigkeit als Vertreter der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen übernahm er 2004 das Amt als Außenminister, das er seitdem ununterbrochen innehat. Dies ist Indiz für seine unbestrittene Loyalität gegenüber Putin – auch während des präsidentialen Intermezzos von Dmitrij Medwedjew – und das augenscheinliche Fehlen von größeren Vergehen, wegen denen er in Ungnade hätte fallen können.

Auf internationaler Ebene ist Lawrow ebenfalls ein zentraler Akteur. Dies ist zunächst sehr profan im besonderen Status Russlands als Vetomacht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen begründet. Vor diesem Hintergrund vertritt Lawrow oft im Einklang mit China eine stringent realistische Linie. So werden durch Russland und China regelmäßig Initiativen zur Verabschiedung von Resolutionen für Interventionen bei Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen geblockt; mit dem Hinweis, dass man keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten verfolgen sollte. Mit diesem Argument geht Lawrow auch regelmäßig in die Öffentlichkeit, wenn von außerhalb Kritik an den autoritären politischen Entwicklungen und bürgerrechtlichen Einschränkungen in Russland geübt wird.

Dies steht natürlich in krassem Widerspruch dazu, dass Russland mit militärischen Operationen in Georgien und der Ukraine zweimal die territoriale Integrität von Nachbarstaaten missachtet hat und in beiden Staaten de-facto-Regime installiert hat, die von Russland anerkannt oder zumindest unterstützt werden.<sup>13</sup> Die Beteiligung am Bürgerkrieg in Syrien ist hier auch nochmal ein ganz anderes Thema, das den Rahmen dieses Essays notwendig sprengen würde.

Sofern es um Außenpolitik im klassischen Sinne von *hard power* geht, ist das institutionelle Arrangement auf europäischer Seite nicht besonders hilfreich. Im Rahmen der Europäischen Integration war Außen- und Sicherheitspolitik eines der letzten Politikfelder, das vergemeinschaftet wurde und weiterhin eine Art Parallelstruktur zur NATO darstellt. Wirkliche Schlagkraft kann die GSVP nur entwickeln, wenn es eine große Kongruenz der Interessen und Überzeugungen der Mitgliedstaaten

---

<sup>13</sup>Im Fall von Georgien sind dies Abchasien und Südossetien, im Fall der Ukraine sind dies die Volksrepubliken Donezk und Luhansk.

gibt, die dann auf die Ebene der Union übertragen werden können. Dafür gibt es seit der jüngsten Transformation der Europäischen Union durch den Vertrag von Lissabon zwei neue Bestandteile. Innerhalb der Kommission gibt es seit 2009 einen Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik – dies ist derzeit der Spanier Josep Borrell – der zudem Vizepräsident der Europäischen Kommission ist. Als Unterbau hierfür dient seit 2010 ein Europäischer Auswärtiger Dienst, der Delegationen der Europäischen Union in der ganzen Welt verantwortet und sich personell aus Beamtinnen und Beamten der Union und den Mitgliedstaaten zusammensetzt.

Diese gemeinsamen Institutionen konnten in der Auseinandersetzung mit Russland seit der russischen Annexion der Krim allerdings wenig Zählbares entgegen setzen. Vielmehr zeigt sich in den vergangenen Jahren eher die exekutive Schlagseite europäischer Außenpolitik. Das in Minsk geschlossene Abkommen zur Eindämmung der Gefechte in der Ostukraine wurde von europäischer Seite in erster Linie durch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und den damaligen französischen Präsidenten François Hollande ausverhandelt; die Europaflagge suchte man bei den Fototerminen im Rahmen des Abkommens vergeblich. Weiterhin ist die Europäische Union nicht in der Lage, eine glaubhafte militärische Antwort zu geben – was insofern beruhigend ist, dass dadurch eine weiter greifende militärische Eskalation unwahrscheinlich ist – und arbeitet daher vornehmlich mit dem Mittel verschiedener Sanktionen gegen Unternehmen und Einzelpersonen. Diese Entscheidungen fallen im Europäischen Rat, wo die Regierungschefinnen und Regierungschefs das Sagen haben; manchmal dürfen auch Außenministerinnen und Außenminister mit an den Tisch. Ein Josep Borrell darf sich derzeit diese Entscheidungen in erster Linie anhören und muss dann an anderer Stelle erklären, was die Europäische Union denn damit meint und wie sie damit umzugehen gedenkt.

In Deutschland gab es in den vergangenen Jahren zwei prominente Fälle, die beweisen, wie weit der Arm der russischen Außenpolitik reicht. Im Sommer 2019 wurde Selimchan Changoschwili im Berliner Tiergarten erschossen, kurz nach der Tat wurde eine Person als Tatverdächtiger verhaftet, die einen russischen Pass bei sich trug. Changoschwili kommandierte im Zweiten Tschetschenienkrieg tschetschenische Milizen, während die Angaben aus dem Pass und dem Einreisevisum der verdächtigen Person Verbindungen zum russischen Innenministerium und zum russischen Verteidigungsministerium ermöglichten. Aufgrund der besonderen Umstände der Tat wurden die Ermittlungen im Fall durch den Generalbundesanwalt übernommen, der in der Anklageerhebung die Tat explizit als Mord im Auftrag der russischen Regierung bezeichnete. Der Prozess läuft derzeit vor dem Berliner Kammergericht, ein Urteil wird in den nächsten Monaten erwartet.

Der zweite Fall betrifft Alexej Nawalnyj. Nawalnyj ist derzeit der wohl exponierteste und erfolgreichste Vertreter der politischen Opposition in Russland. In seinem Engagement prangert er die Korruption und Bereicherung in der russischen Elite an und hat dazu bereits mehrere Reportagen und Filme hergestellt. Aufgrund dieser publizistischen Aktivität wird er auch tendenziell positiv in westlichen Medien aufgenommen, wobei seinen teils nationalistischen Äußerungen weniger Aufmerksamkeit geschenkt wird. Im August 2020 wurde Nawalnyj Opfer einer Vergiftung und musste nach dem Angriff auf seine Person intensivmedizinisch behandelt werden. Diese Behandlung fand

zunächst im russischen Omsk und anschließend in der Berliner Charité statt. Nach seiner Genesung begab sich Nawalnyj wieder nach Russland, in vollem Bewusstsein, dass dort auf ihn eine Verhaftung und ein Prozess unter fadenscheinigen Begründungen auf ihn warten.

Mit Nawalnyjs Rückkehr entspann sich dann der vorerst letzte Höhepunkt in den europäisch-russischen Spannungen. Die sofortige Verhaftung Nawalnyjs noch am Flughafen löste in den folgenden Tagen nennenswerte Proteste in Moskau aus. Diese Proteste wurden durch die örtlichen Sicherheitskräfte gewaltsam aufgelöst, ähnlich wie in den Monaten davor die Proteste in Belarus gegen den dortigen Präsidenten Alexander Lukaschenko. Im Windschatten dieser Proteste folgte der Außenbeauftragte der Europäischen Union Borrell Anfang Februar einer Einladung nach Moskau – der Besuch wurde eine Demütigung für die europäische Seite. In einer gemeinsamen Pressekonferenz zeigte Lawrow, dass er in der internationalen Politik mehrere Ligen über Borrell spielt.<sup>14</sup> Dabei bediente er sich der erprobten Klaviatur russischer Desinformation, die berechtigte Einwände wie den Umgang der spanischen Justiz mit der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung mit erfundenen Anschuldigungen wie mangelnder Kooperation der europäischen Staaten bei der Aufklärung von Nawalnyjs Vergiftung verbindet. Um dem ganzen noch die Krone aufzusetzen, wurden während des Besuchs drei Personen aus den diplomatischen Missionen von Deutschland, Polen und Schweden aus Russland ausgewiesen. Begründung hierfür war die vermeintliche Teilnahme dieser Personen an Protesten gegen die Verhaftung und Inhaftierung von Nawalnyj.

Borrell ließ einen diplomatischen Protest zu diesem Vorgang schriftlich zu Protokoll geben. Es gab keine verbale Konfrontation in der Pressekonferenz mit Lawrow, ebenso wenig wie eine vorzeitige Abreise. Nach seiner Rückkehr betonte Borrell vor dem Europäischen Parlament, dass es weiterhin wichtig sei, Möglichkeiten für offizielle Kontakte aufrechtzuerhalten. Nawalnyj befindet sich mittlerweile als Protest gegen seine Behandlung im Straflager Nummer 2 in der Oblast Wladimir im Hungerstreik.

## VII

Russland orientiert sich übrigens nicht zum ersten Mal an seinen Brüdern im Westen. Denn so wie sich Putin die Niederschlagung interner Proteste sicher auch bei seinem belarussischen Amtskollegen Lukaschenko abgeschaut hat, steht auch Lawrow im Schatten eines anderen Kollegen aus Belarus, dem langjährigen sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko, seinerzeit auch liebevoll Mr. Njet genannt. Gut zu wissen, wenn auch die zweite Mannschaft genug Talente hat.

---

<sup>14</sup>Borrell wurde primär aus Überlegungen verschiedener politischer Proporz mit der Aufgabe als Außenbeauftragter betraut. Er hatte in seiner vorigen politischen Karriere zwar Erfahrungen auf europäischer Ebene sammeln können, in diplomatisch exponierter Position war er jedoch nur für insgesamt 15 Monate, und zwar als Außenminister im spanischen Kabinett von Pedro Sánchez. Interessanterweise gibt es in der Europäischen Union zumindest einen Politiker, der Lawrow wenigstens in Bezug auf politische Langlebigkeit das Wasser reichen kann. Dies ist der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn, der ebenfalls seit 2004 im Amt ist und in der Rangliste der dienstältesten Außenministerinnen und Außenminister direkt nach Lawrow an vierter Stelle steht.

## VIII

Durch die Covid-19-Pandemie zeigt sich der Mangel einer gemeinsamen Position gegenüber Russland auch bei einem anderen Thema, nämlich der Versorgung mit Impfstoffen.

Seit dem Frühjahr 2020 haben Forscherinnen und Forscher auf der gesamten Welt erstaunliche Leistungen vollbracht, indem sie unter Anwendung unterschiedlicher Technologien – einige nach bewährten Vorgehensweisen, andere mit vorher noch nicht angewandten Methoden – Impfstoffe bis zur Serienreife bringen konnten. Die Tatsache, dass überall auf dem Globus verteilt wirksame Impfstoffe entwickelt wurden, ist einer der wenigen Lichtblicke der Pandemie und lässt darauf hoffen, dass sich künftige Menschheitskrisen mit Hilfe der Wissenschaft glimpflicher gestalten lassen.

Die Fähigkeit des Coronavirus, eine exponentiell wachsende Anzahl von Menschen anzustecken und genug dieser angesteckten Menschen auf die Intensivstation zu bringen, ist der Angelpunkt, um den sich alle Maßnahmen der Pandemiebekämpfung drehen. Dementsprechend ist die Verteilung eines wirksamen Impfstoffs der längste Hebel, den man in Bewegung setzen kann, um eine weitreichende Immunisierung großer Bevölkerungsteile zu erreichen, wodurch die Voraussetzung für die Einschränkungen im sozialen Leben entfallen würde. An diesem Hebel hat die Europäische Union bis jetzt weitgehend vorbei gegriffen.

An dieser Stelle ist Kontext geboten. Die Staaten der Europäischen Union sind im Fortschritt der Impfkampagne auf globaler Ebene gesehen natürlich in einer guten Position. Weite Teile des globalen Südens konnten bis jetzt kaum Impfungen in nennenswerter Höhe verabreichen und werden voraussichtlich erst nach anderen Weltregionen eine Immunisierung auf diesem Wege erreichen können.

Wenn die Europäische Union jedoch auf Augenhöhe verglichen werden soll, also mit anderen Weltregionen ähnlicher sozioökonomischer Entwicklung wie Nordamerika, Ostasien, Australien und Neuseeland, aber auch einzelnen Staaten wie Großbritannien oder Israel zeigt sich, dass die Europäische Union ins Hintertreffen geraten ist. Grund hierfür war eine falsche Bescheidenheit auf europäischer Seite, sowohl was die Zusage zu bestellten Dosen als den zugesagten Preis betrifft. Viel ärgerlicher wird all dies, wenn man sich in Erinnerung ruft, welche Versprechungen sich gerade für kleinere Mitgliedstaaten aus einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union ergeben.

Diese Staaten können zurecht davon ausgehen, dass sie die politischen Entwicklungen auf globaler Ebene nur schwer in ihrem Sinne beeinflussen können. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union erfolgt für viele Staaten in dem Vertrauen, gerade auch in kritischen Situationen besser aufgehoben zu sein, als wenn sie auf sich allein gestellt wären. Es ist ein sehr, sehr böser Fehler der Europäischen Kommission, dieses Vertrauen im Rahmen der Impfstoffbeschaffung enttäuscht zu haben.

In Reminiszenz an den ersten menschengemachten Satelliten im Weltraum erhielt der vom Moskauer Gamaleja-Institut entwickelte Impfstoff den Namen Sputnik V – dies war der erste Impfstoff,

der eine staatliche Zulassung erhielt.<sup>15</sup> Diese zügige Zulassung eröffnete jedoch Spielraum für Interpretationen. Allgemein ist festzuhalten, dass die Entwicklung und Vorstellung von Impfstoffen anderer Unternehmen wie BioNTech/Pfizer, AstraZeneca, Moderna oder Johnson & Johnson in der europäischen Öffentlichkeit ausführlicher und wohlwollender begleitet wurde als bei Sputnik V.

Diese Ungleichbehandlung scheint durch die bisherigen Erkenntnisse im Einsatz des Impfstoffes nicht wirklich gerechtfertigt. Erst kürzlich attestierte eine im Fachblatt *Lancet* veröffentlichte Studie Sputnik V eine vergleichbare Wirksamkeit wie die Impfungen von BioNTech/Pfizer oder Moderna. Dennoch zeigen sich im Umgang mit dem russischen Impfstoff exemplarisch die schon vorher angesprochenen Unzulänglichkeiten, wenn es darum geht, eine gemeinsame Position gegenüber Russland einzunehmen.

Es offenbaren sich wieder einmal Divergenzen in den Einschätzungen europäischer Behörden, die Grundlage für das Handeln der Organe der Europäischen Union sind und Initiativen einzelner Mitgliedstaaten, die ihre eigenen Handlungsspielräume auf Kosten eines abgestimmten Vorgehens ausnutzen. Es verwundert, dass es der Europäischen Arzneimittel-Agentur EMA bis heute noch nicht gelungen ist, eine Einschätzung zur Empfehlung des Einsatzes von Sputnik V abzugeben, auch wenn dieser Impfstoff bereits anderswo seit Monaten im Einsatz ist. Nüchtern betrachtet ist dies ärgerlich, weil eine zügige Klärung die Impfkampagnen in allen europäischen Staaten auf ein breiteres Fundament stellen könnten.

So ergeben sich erwartete wie überraschende Sympathiebekundungen. Nicht verwunderlich ist, dass Ungarn unter Ministerpräsident Viktor Orbán als erster Mitgliedstaat der Europäischen Union eigenmächtig eine Zulassung für Sputnik V ausgesprochen hat. Orbán erbringt seit Jahren unzählige Beweise dafür, dass er als Politiker in Wort und Tat dem russischen Präsidenten Putin näher steht als einigen seiner europäischen Amtskolleginnen und Amtskollegen. Doch stellenweise treibt die Lage auch interessante Blüten, wenn sich beispielsweise der bayrische Ministerpräsident Markus Söder offen für eine Zulassung von Sputnik V in Deutschland zeigt und als Produktionsstandort bereits die Stadt Illertissen<sup>16</sup> ins Gespräch gebracht hat. Hiermit stellt sich Söder in eine ruhmreiche Tradition der CSU, auch mal die Kooperation mit dem politischen Feind zu suchen, wenn es denn pragmatische Gründe dafür gibt. Nicht vergessen: Franz Josef Strauß hat die DDR aller Wahrscheinlichkeit nach vor dem wirtschaftlichen Bankrott bewahrt, bevor er den politischen Bankrott nicht mehr miterleben konnte.

Dass es überhaupt zu dieser verfahrenen Situation kommen kann, ist nur eine weitere Facette in dem belasteten europäisch-russischen Verhältnis. Es ist eher Symptom denn Auslöser. Die Wirkung, die sich durch die Entwicklung und Verteilung von Impfstoffen ergeben kann, ist in der aktuellen Lage ein Ausweis von *soft power*, es ist also kaum möglich, dieses Thema nicht entlang nationaler

---

<sup>15</sup>Die Notfallzulassung für Russland erfolgte am 11. August 2020.

<sup>16</sup>Deutschlandweit bekannt für seinen Fußballclub FV Illertissen, der in den Jahren 2013 und 2014 am DFB-Pokal teilnahm. Der Verein schied jeweils in der ersten Hauptrunde aus, 2013 mit 0:2 gegen Eintracht Frankfurt und 2014 mit 2:3 nach Verlängerung gegen Werder Bremen. Ich entschuldige mich auch für die gehäufte Anzahl von Fußballreferenzen in diesem Text.

Befindlichkeiten zu politisieren.<sup>17</sup> Wenn jetzt angeführt wird, dass Russland mit seinem Impfstoff wieder ein *divide et impera* innerhalb der Europäischen Union gelingt, muss diesem Argument noch eine Schleife voran gestellt werden.

Denn diese Teilung hat die Europäische Union schon ganz alleine ziemlich gut hingekriegt. Sie ist aufgrund der hier erwähnten und natürlich auch unerwähnten Zusammenhänge nicht mehr in der Lage, dieses technische Thema mit der erforderlichen Nüchternheit zu bearbeiten. Es wäre an sich auch keine Schande, dies einzugestehen und in die eigenen Vorgänge mit einzupreisen, doch nicht einmal das geschieht. Stattdessen schleift das Thema weiter vor sich hin, mit unklaren Verantwortlichkeiten von Union und Mitgliedstaaten. So hat der deutsche Gesundheitsminister Jens Spahn angekündigt, bilateral mit Russland über Lieferungen mit Sputnik V zu verhandeln, während die Europäische Kommission dieser Verhandlungen gar nicht erst aufnimmt.

## IX

Es ist alles irgendwie kompliziert. Die Europäische Union und Russland werden auch künftig zwangsläufig Beziehungen haben, einfach schon weil sich beide nicht aus dem Weg gehen können. Der Leidensdruck, der mögliche Veränderungen anstoßen könnte, ist allerdings auf beiden Seiten ungleich verteilt.

Russland kann es sich bequem machen. Hier ist nochmals auf die Entwicklung des Bürgerkriegs in Syrien zu verweisen, der belegt, dass Russland in seiner unmittelbaren Nachbarschaft von keiner Seite strategisch herausgefordert wird. Die größte Gefahr für den Fortbestand des autoritären Systems um Putin liegt somit auch letztlich in einer Implosion – sei es durch den Einbruch des wirtschaftlichen Modells, eine Palastrevolution oder auf lange Sicht aufgrund der profanen Endlichkeit von Putin, die irgendwann erfordert, dass eine andere Person aus dem Kreml die Anweisungen gibt.

Die Europäische Union muss hier mehrere Bälle jonglieren. In der Energieversorgung würde eine (zumindest auf geschäftlicher Ebene) gute Beziehung mit Russland einige mittelfristige Probleme lösen. Bei gesellschaftspolitischen Fragen ist Russland jedoch ein ernstzunehmender Konkurrent, der mit eigenen Medienangeboten wie z. B. Russia Today alternative Sichtweisen präsentiert, diese jedoch oft genug verzerrt und übertreibt, um öffentlich Diskurse in seinem Sinne zu beeinflussen.

Von dieser Herausforderung ist die Europäische Union auch nicht in gleichem Maße betroffen. Klar ist, dass Mittel- und Osteuropa Schauplatz dieser strategischen Auseinandersetzung ist. Dies betrifft vor allem die Staaten, die im Rahmen der östlichen Erweiterungen seit 2004 zur Europäischen Union gekommen sind sowie die weiteren Staaten, mit denen unterschiedliche Partnerschaftsabkommen geschlossen wurden. Und auch wenn die gegenseitige Gesprächsbereitschaft zwischen der Europäischen Union und Russland derzeit auf einem Tiefpunkt ist, wird sich die Europäische Union dieser Auseinandersetzung stellen müssen.

---

<sup>17</sup>Die Namensgebung von Sputnik V leistet hier ihr Übriges.

Hier scheint es notwendig, dass die Europäische Union mehr Dialektik zulässt. Kooperation in einigen geschilderten Bereichen wie aktuell in der Impfstoffversorgung oder auf längere Sicht in der Belieferung mit Erdgas kann als Vehikel dafür genutzt werden, Gesprächskanäle zunächst einmal zu öffnen. Und in einem weiteren Schritt erfordert es dann Fingerspitzengefühl und viel innere Haltung, gesellschaftliche Missstände anzusprechen. All dies gelingt jedoch nicht ohne ein Verständnis thematischer Wechselwirkungen und eine einheitlich nach außen getragene Position auf europäischer Seite. Niemand wird behaupten, dass dies einfach sei; allerdings gibt es derzeit noch viel Luft nach oben.

In Sankt Petersburg friert die Ostsee in der Mündung der Newa über viele Monate zu. Wenn man nicht auf den Frühling warten möchte, muss man mit einem Eisbrecher den Weg bahnen. Es ist nicht schwierig, eine fähige Person auf die Brücke zu stellen; aber noch wichtiger ist, dass sich die Besatzung einig ist.